



**BERNHARD  
SEIDENATH**   
Für das Dachauer Land  
im Landtag

# Newsletter

Montag, 17. Dezember 2012

## Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat November informieren.

Im Mittelpunkt der parlamentarischen Diskussionen standen die Vorbereitungen zum **Doppelhaushalt des Freistaats Bayern für die beiden kommenden Jahre 2013 und 2014**. Über die Einzelheiten des Gesetzespakets werde ich Sie/Euch mit meinem Dezember-Newsletter detailliert unterrichten. Aus aktuellem Anlass möchte ich allerdings auf das Thema **Kultushaushalt und Neuschaffung von Lehrerstellen** schon vorab eingehen. Im Dachauer Teil der Süddeutschen Zeitung nämlich ist heute – 17. Dezember - ein Bericht zu lesen, der den Landkreis Dachau nur am äußersten Rand tangiert, den die SZ-Redaktion also im Bayern-Teil nicht mehr untergebracht hat und deshalb – offenbar als Trostpflaster für den Autor – nun den Dachauer Lesern zumutet. Darin wird die Zahl der in Bayern neu geschaffenen Lehrerstellen nach- und schlechtgerechnet.

Fakt ist, dass der Freistaat Bayern den Schulen in Bayern in den fünf Jahren zwischen 2008 und 2012 6.900 Stellen für neue und zusätzliche Aufgaben bereit gestellt hat. In den kommenden beiden Jahren kommen hier nochmals 1.300 Stellen hinzu. Insgesamt sind es also 8.200 Stellen für zusätzliche und neue Aufgaben, die das Kultusministerium in den sieben Jahren zwischen 2008 und 2014 den Schulen in Bayern bereit gestellt hat.

Damit geht auch ein merklicher Anstieg des Haushalts einher: im Jahr 2014 wird der Etat des Kultusministeriums auf über 10,8 Milliarden Euro ansteigen, was fast ein Viertel des gesamten Haushalts des Freistaats Bayern ausmacht. Zum Vergleich: vor zehn Jahren, im Jahr 2002, lag der Kultus-Etat „nur“ bei knapp 7,4 Milliarden Euro.

Und dies trotz einer bereits jetzt deutlich rückläufigen Schülerzahl in Bayern. Haupteinsatzbereiche und Aufgabenschwerpunkte der neuen und zusätzlichen Stellen sind laut Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle folgende:

- die Ausweitung der individuellen Förderung, unter anderem an den Mittelschulen und Realschulen;
- den konsequenten Ausbau der Ganztagsangebote.

- die Sicherung des Unterrichts. Dazu wurden die mobilen Lehrerreserven an Förderschulen ausgeweitet, an Realschulen, Gymnasien und Beruflichen Oberschulen neu eingeführt. Ferner hat das Ministerium an Gymnasien integrierte Lehrerreserven eingeführt.
- die Reduzierung der durchschnittlichen Klassenstärken in allen Schularten, zum Beispiel allein an den Grundschulen von 23,15 im Schuljahr 2007/2008 auf 21,4 im laufenden Schuljahr 2012/2013; an den Mittelschulen von 21,3 auf 19,9, an den Realschulen von 28,7 auf 26,8 und an den Gymnasien von 27,9 auf 26,6 Schülerinnen und Schüler;
- den Erhalt kleiner Standorte von Grund- und Mittelschulen;
- die Ausweitung inklusiver Bildung;
- die Förderung von Maßnahmen zur Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien;
- die Stärkung der Durchlässigkeit. Dazu wurden erstmals Vorklassen an den Fachoberschulen eingerichtet und die Anzahl der Einführungsklassen an Gymnasien fast verdoppelt;
- die Errichtung neuer Realschulen und Gymnasien sowie beruflicher Schulen, um den jungen Menschen standortnah vielfältige Bildungs- und Qualifizierungschancen zu eröffnen.

In die 8.200 zusätzlichen Stellen sind die rund 2.200 Stellen, die zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung bei den Lehrkräften zum 1. August 2012 und zum 1. August 2013 dienen, noch gar nicht eingerechnet – sie kommen noch dazu.

Ganz anders gestaltet sich die Situation in Baden-Württemberg, einem Bundesland, das von der demographischen Entwicklung und von seiner Wirtschaftskraft her mit Bayern durchaus vergleichbar ist, das aber seit nunmehr eineinhalb Jahren von Grünen und SPD regiert wird. Erlauben Sie/Erlaubt mir deshalb, Ihnen/Euch eine Meldung der Nachrichten-Agentur dpa vom Sommer 2012 ungekürzt nahezubringen:

*„Baden-Württembergs Regierungschef Winfried Kretschmann (Grüne) will in den kommenden Jahren aus Spargründen rund 11 600 Lehrerstellen streichen. „Selbstverständlich wird das Kultusministerium in erheblichem Umfang beitragen müssen zur Sanierung des Haushalts“, sagte Kretschmann am Dienstag in Stuttgart und reagierte damit auf einen Appell des Rechnungshofs. Es sei in die mittelfristige Finanzplanung schon eingepreist, dass über 8000 Posten gestrichen werden. „Die 8055 Stellen werden selbstverständlich wegfallen bis 2020.“ Hinzu komme, dass die frühere schwarz-gelbe Regierung über 3500 Lehrerstellen geschaffen habe, die von 2013 an nicht durchfinanziert seien. Grün-Rot habe kein Geld, um für diese Stellen noch lange aufzukommen, hieß es in Regierungskreisen. Der Landesrechnungshof hatte am Montag sogar gefordert, 14 100 Lehrerstellen zu streichen. Es könne nicht sein, dass die Zahl der Schüler immer weiter sinke und die Zahl der Lehrer steige oder gleichbleibe. Ohne Abstriche könne das Land seinen Haushalt nicht sanieren, hatte Präsident Max Munding argumentiert.*

*Die Lehrgewerkschaft GEW zeigte sich geschockt und warf Grün-Rot schweren Wortbruch vor. „Seit heute sind die 18 Seiten zum Thema Bildungspolitik im grün-roten Koalitionsvertrag nicht mehr das Papier wert, auf das sie gedruckt wurden“, kritisierte GEW-Landeschefin Doro Moritz. Die Landesregierung habe „bessere Bildung für alle“ versprochen und werde es jetzt mit der geplanten Streichung von 11 600 Lehrerstellen nicht einmal schaffen, den Status quo der schlechten Bildungspolitik von CDU und FDP zu halten.*

*Kretschmann unterstützte auch die Forderung des Rechnungshofs, im Schulbereich müsse es eine bessere Steuerung der Ressourcen geben. „Mehr Bildung für das gleiche Geld muss da wirklich mal Einzug halten“, verlangte der Regierungschef. Er versprach, die von Schwarz-Gelb eingeleitete Senkung des Klassenteilers nicht rückgängig machen zu wollen. Doch weitere Schritte seien nicht drin. „Seit ich in der Landespolitik bin, ist der Klassenteiler der „running gag“ der Bildungspolitik.“ Es sei aber so ein „grobes Instrument, dass ich das nicht wirklich für zielführend halte“.*

*Moritz reagierte empört auf Kretschmanns Äußerungen: "Das ist eine bildungspolitische Bankrotterklärung zulasten der Jüngsten im Lande. Schüler, Eltern und Lehrkräfte hätten nicht erwartet, dass die Bildungspolitik nach dem Politikwechsel so unter die Räder kommt."*

*Hintergrund für die Sparpolitik ist das strukturelle Defizit von rund 2,5 Milliarden Euro im Haushalt. Kretschmann und sein Finanzminister Nils Schmid (SPD) wollen im Doppelhaushalt 2013/2014 rund 3,1 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Daneben sollen 800 Millionen Euro gekürzt werden. Grün-Rot will 2020 die schwarze Null erreichen und damit die Schuldenbremse einhalten.*

*Kretschmann erklärte, die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz solle so rasch wie möglich in der Landesverfassung verankert werden. Die Gespräche mit der Opposition sollten "möglichst parallel zu den Haushaltsberatungen abgeschlossen werden". Der Rechnungshof hatte am Montag angemahnt, dass die Schuldengrenze noch in diesem Jahr auch in Landesrecht umgesetzt werden müsse. Am Dienstagnachmittag wollte sich die Regierung mit den Fraktionsvorsitzenden treffen. Für eine Änderung der Verfassung braucht Grün-Rot eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag.*

*Genervt zeigte sich Kretschmann von der Forderung der Prüfer, das Land müsse von 2015 an die schwarze Null schaffen. Solche unkonkreten Aussagen seien nicht hilfreich. "Das geht mir auf den Zeiger." (dpa)*

Eines weiteren Kommentars bedarf es hier nicht mehr. Ich empfehle Ihnen/Euch nur, in diesem Licht noch einmal den heutigen Einspalter in der Dachauer SZ zu lesen. Und sich vor Augen zu halten, dass der Freistaat in den kommenden beiden Jahren wieder mehr als eine Milliarde Euro seiner Altschulden zurückzahlen wird.

Auch im Bereich der **Sozialpolitik** gibt es für den **Doppelhaushalt 2013/2014** Erfreuliches zu berichten:

In meinem letzten Newsletter habe ich bereits erwähnt, dass der Freistaat Bayern mit dem **Taubblindengeld** eine eigene Hilfsleistung für taubblinde Bürgerinnen und Bürger einführt. Sie sollen künftig eine Leistung in doppelter Höhe des Blindengeldes erhalten. Konkret heißt das, dass Taubblinde künftig 1068 Euro je Monat erhalten. Insgesamt wendet der Freistaat dafür in den Jahren 2013 und 2014 1,46 Millionen Euro auf.

Stellung habe ich ebenfalls bereits zum **Bayerischen Landesbehindertenplan (BLB)** genommen: Die im Haushaltsentwurf der Staatsregierung enthaltenen Mittelkürzungen um sieben Millionen Euro konnten im Zuge der parlamentarischen Haushaltsberatungen weitestgehend abgewendet werden. Gegenüber dem Regierungsentwurf werden 3,5 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Davon werden zwei Millionen Euro für den BLB und 1,5 Millionen Euro speziell für ältere Menschen mit Behinderung verwendet. Hinzu werden mit ziemlicher Sicherheit noch Sondermittel für Abfinanzierungen kommen. Damit ist sichergestellt, dass wichtige strukturelle Maßnahmen für Menschen mit Behinderung fortgesetzt werden können. Vor allem die verstärkte Schaffung von dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten sowie die gezielte Einrichtung von Wohnplätzen für ältere Menschen mit Behinderung können im beabsichtigten Umfang durchgeführt werden

Bereits im Nachtragshaushalt 2012 sind die Fördermittel für die **Asylsozialberatung** durch die Koalition um 1,2 Millionen Euro erhöht worden. Die Träger der Beratungseinrichtungen hatten ihre Stellen daraufhin deutlich ausgeweitet. Wegen des steigenden Zustroms an Asylbewerbern nimmt der Bedarf aber weiter zu. Damit die Träger der Asylsozialberatung ihre Aufgaben weiter flächendeckend und qualitativ hochwertig erfüllen können, wurde die staatliche Unterstützung den sich verändernden Umständen angepasst. 750.000 Euro zusätzlich werden im Jahr 2013 für die Asylsozialberatung in Bayern bereitgestellt.

Im Ergebnis kommt dies allen zugute: zuallererst den Asylbewerbern, die in ihrer Not professionellen Beistand erhalten, aber auch dem Personal in den Unterkünften, das spürbar entlastet wird. Wichtig ist nun- und dies ist das Gebot der Stunde -, die Dauer der Asylverfahren deutlich zu verkürzen, ohne an der Gründlichkeit der Prüfung Abstriche zu machen. Hierfür braucht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dringend mehr Personal.

Mit einem höheren Betrag als bisher wird der Freistaat Bayern künftig auch die in Bayern tätigen **94 Betreuungsvereine** unterstützen. Die Vereine unterstützen die ehrenamtlich tätigen Betreuer bei der Wahrnehmung ihrer umfassenden Aufgaben. Ohne die ehrenamtlich Tätigen müsste in erheblichem Maße auf professionelle Betreuer zurückgegriffen werden, was mit spürbar höheren Kosten für den Freistaat verbunden wäre. Durch die stetig steigende Zahl an Betreuungen ist es für die Vereine zuletzt allerdings immer schwieriger geworden, ihre gesellschaftlich notwendige Querschnittsarbeit zu erfüllen, so dass sie zunehmend professionelle Betreuungen übernehmen mussten, um finanziell zu bestehen. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen werden daher die Mittel zur Förderung der Betreuungsvereine ab 2013 um 100.000 Euro pro Jahr angehoben. Damit soll es den Vereinen auch zukünftig ermöglicht werden, ehrenamtliche Betreuer gewinnen und gerade in schwierigen Fällen fachgerecht unterstützen zu können.

So weit zum Doppelhaushalt 2013/2014.

Ein weiteres drängendes Problem im Bereich der Sozial- und Familienpolitik ist der **dramatische Fachkräftemangel im Bereich der Kinderbetreuung**. Der Arbeitskreis Soziales der CSU-Landtagsfraktion hat sich im Oktober im Rahmen eines Werkstattgesprächs mit dieser Problematik befasst. Dazu wurden Vertreter der Verbände, der Fachakademien und aus der Praxis eingeladen. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass sowohl kurzfristige und schnelle Lösungen als auch langfristige strukturelle Maßnahmen erforderlich sind, um die hohe Qualität in der Kinderbetreuung auf lange Sicht aufrechterhalten zu können.

So sollten für die Weiterbildung von Kinderpflegerinnen zu Erzieherinnen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Das Programm soll möglichst zügig anlaufen und nach zweijähriger Laufzeit für etwa 1.000 zusätzliche Fachkräfte sorgen. Darüber hinaus hat der Arbeitskreis intensiv das Thema Ausbildungsverkürzung und Akademisierung der Ausbildung diskutiert – und zwischenzeitlich mehrere Anträge auf den Weg gebracht, die sowohl die qualitativen Rahmenbedingungen in der Ausbildung verbessern als auch dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel aktiv entgegenwirken sollen.

Sehr Erfreuliches, ja einen Durchbruch gibt es von einem Großprojekt zu vermelden, das für die Landeshauptstadt und die Landkreise im Umland – auch und gerade für unseren Landkreis Dachau - von vitaler Bedeutung ist, um dem Verkehrsinfarkt zu entgehen: der **Zweiten S-Bahn-Stammstrecke** in der Münchner Innenstadt.

Finanzminister Dr. Markus Söder hatte Ende November vor der CSU-Landtagsfraktion die Details der Einigung des Freistaats mit dem Bund erläutert. So wird die Verwirklichung der Zweiten Stammstrecke nicht dazu führen, dass andere ebenfalls für Bayern wichtige Infrastrukturprojekte zurückgestellt werden müssen. Bei anderen Projekten, die bis 2019 ebenfalls nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) finanziert werden sollen, wird es keinerlei Abstriche geben. Dies betrifft den Ausbau der S-Bahn in Nürnberg ebenso wie die Mobilitätsdrehscheibe Augsburg, die Verbesserung des ÖPNV in Würzburg, den Erdinger Ringschluss oder die Verlängerungen der S7 nach Geretsried und der U 6 nach Martinsried. Für unseren Landkreis Dachau besonders wichtig ist, dass auch die **Finanzierung der Elektrifizierung der Linie A zwischen Dachau und Altomünster gesichert** ist und bleibt. In den entsprechenden Unterlagen der Staatsregierung ist für das allein aus Mitteln des Freistaats finanzierte 48-Millionen-Euro-Projekt der Zusatz ‚Inbetriebnahme voraussichtlich 2014‘ vermerkt. Dies deckt sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen, die MdB Gerda Hasselfeldt, Landrat Hansjörg Christmann, Bürgermeister Konrad Wagner und ich Ende Oktober im Bundesverkehrsministerium in Berlin geführt hatten.

Auch die Linie A – die künftige S-Bahn-Linie 22 - wird von der Zweiten Stammstrecke profitie-

ren, da die bestehende S-Bahn-Röhre keine zusätzlichen Züge aufnehmen und Taktverbesserungen mehr darstellen kann. Die Zweite Stammstrecke ist deshalb eines der Projekte, die unmittelbar den Menschen in Oberbayern zu Gute kommen: Immerhin pendeln mittlerweile 800.000 Menschen pro Werktag aus ganz Oberbayern nach München und bringen dort ihre Arbeitskraft und ihre Kaufkraft ein.

Nur mit der längst überfälligen Entlastung der S-Bahn-Röhre durch die Zweite Stammstrecke kann die Vitalität und das Potential der Umlandregion erhalten bleiben. Dies gilt für ganz Oberbayern, insbesondere aber auch für den Landkreis Dachau. Dies zum einen, weil der Anteil der Pendler aus dem Landkreis Dachau höher liegt als aus anderen Landkreisen der Umgebung, zum anderen aber, weil der Landkreis Dachau enorm wächst – allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um knapp 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Den Verkehrskollaps können wir nur durch ein leistungsfähiges System des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) vermeiden. Hier aber ist die Zweite S-Bahn-Stammstrecke nicht wegzudenken. Der Durchbruch bei der Zweiten Stammstrecke ist ein Erfolg der oberbayerischen Abgeordneten, aber auch und gerade unseres Landrats Hansjörg Christmann, der – zusammen mit Landrat Thomas Karmasin aus Fürstenfeldbruck – eindringlichst für die Zweite Stammstrecke geworben hatte.

Mit den aktuellen Weichenstellungen beweist die Bayerische Staatsregierung deshalb ihre Umsetzungskompetenz für wichtige Zukunftsprojekte.

Um die Gefahr von Altersarmut einzudämmen und den wichtigen generativen Beitrag der Mütter und Väter für die Stabilisierung unseres Rentensystems entsprechend zu würdigen, haben CSU und insbesondere Frauen-Union vorgeschlagen, die **Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Rente auch für Kinder, die vor 1992 geboren sind**, zu erhöhen: sie sollten – wie für die Geburten nach 1992 – von einem auf drei Jahre verdreifacht werden. Viele Ortsverbände von Frauen-Union und CSU haben für dieses Anliegen in den letzten Wochen Unterschriften gesammelt. Auch im Dachauer Bürgerbüro lagen die Unterschriftenlisten zur Eintragung auf. Und die Resonanz war überwältigend. Umso ärgerlicher und unverständlicher sind deshalb die Äußerungen von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, der diesen Vorschlag für nicht finanzierbar erklärt hat, noch dazu mit der Bemerkung, dass alle freien Finanzmittel zur Rettung Griechenlands benötigt würden. Dies hat in der CSU-Landtagsfraktion unisono Unverständnis, ja Empörung ausgelöst. Es ist schließlich unsere humanitäre Verpflichtung, den Menschen, insbesondere den Frauen, die unser Land nach dem Krieg wieder aufgebaut und die Bayern zu dem erfolgreichen Land gemacht haben, das es heute ist, eine rentenmäßige Absicherung zu bieten, die oberhalb der Grundsicherung im Alter liegt. Wenn die Bürgerinnen und Bürger Griechenlands diesbezüglich als wichtiger eingestuft werden als die eigenen Leute, dann hat Politik ihr Ziel verfehlt und handelt nicht mehr verantwortungsbewusst. Ganz davon abgesehen, dass derartige Einschätzungen und Entscheidungen den Menschen im Land nicht mehr vermittelt werden können. Diese Fragen werden sicherlich auch auf der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion Mitte Januar in Wildbad Kreuth eine Rolle spielen, wenn Bundesfinanzminister Dr. Schäuble unser Gast sein wird.

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun zum einen eine gedeihliche Lektüre, zum anderen und von Herzen eine gesegnete restliche Adventszeit.

Mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr/Euer



Gerhard Liebhart

## Kultur ist Vielfalt – zweite Säule des Kulturkonzepts

Für das **Bayerische Kulturkonzept** der Staatsregierung werden im kommenden Doppelhaushalt **50 Mio. Euro zusätzlich** zur Verfügung gestellt. Insgesamt gibt der Freistaat Bayern in den Jahren 2013 und 2014 über 1,4 Mrd. Euro für Kultur aus. Ein **Schwerpunkt des Kulturkonzepts liegt auf den Museen**, die für die regionale Identität in allen Landesteilen besonders wichtig sind. So wird **jeder Regierungsbezirk Bayerns** künftig über ein **eigenes Landesmuseum** verfügen.

Damit **Bayern als führender Kulturstaat in Deutschland** auch in Zukunft seine lebendige Kultur pflegen und weiterentwickeln kann, sind weitere finanzielle Anstrengungen erforderlich. Nach einem intensiven Diskussionsprozess haben sich die **Koalitionsfraktionen von CSU und FDP** daher entschlossen, das Kulturkonzept im Rahmen eines Maßnahmenpakets für die nächsten beiden Jahre **mit einer 2. Säule weiterzuentwickeln und zu ergänzen**, um zusätzliche Impulse für die kulturelle Vielfalt in allen Regionen des Freistaats zu setzen.

Mit zusätzlich über **26 Mio. Euro für 2013 und 2014** wird die Entwicklung

der **nichtstaatlichen Theater, Orchester und Museen**, der **Sing- und Musikschulen** sowie der **Laienmusikverbände** in ganz Bayern gefördert.

Hinzu kommen **Verbesserungen für die staatlichen Zweigmuseen**, eine **Aufstockung des Entschädigungsfonds**, der Eigentümer von Denkmälern finanziell unterstützt, sowie neue **museumspädagogische Konzepte**, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Zudem werden **wichtige Einzelprojekte**, wie etwa die Bamberger Symphoniker – Bayerische Staatsphilharmonie, die Digitalisierung von Bibliotheks- und Archivgut, die Forschungstiftung Bayerische Geschichte sowie das Trachtenzentrum im niederbayerischen Geisenhausen-Holzhausen **gefördert**.

Im Einzelnen enthält die 2. Säule des Kulturkonzepts **folgende Maßnahmen**:

1. Die Ansätze der Staatszuschüsse für die **nichtstaatlichen Theater** von Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbänden sowie sonstiger Träger werden **in 2013 und 2014**

um jeweils 3,7 Mio. Euro erhöht.

Der Freistaat Bayern **fördert derzeit 19 Theater und Festspiele in kommunaler Trägerschaft** (z. B. Theater Augsburg, Theater Hof, Theater Würzburg, Stadttheater Fürth, Theater an der Rott) sowie 29 Bühnen und Festspiele in privater Trägerschaft (z. B. Landestheater Oberpfalz, Theater Belacua Wasserburg, Kleines Theater Landshut). Außerdem erhalten **ca. 37 weitere Einrichtungen** der darstellenden Kunst jährlich Zuschüsse vom Freistaat. Der Aufwuchs dient der Kompensation von Personal- und Sachkostensteigerungen sowie dem weiteren Ausbau der reichen Theaterlandschaft Bayerns.

2. Der Ansatz des Staatszuschusses für die **nichtstaatlichen Museen** wird in **2013 und 2014 um 1,45 bzw. 1,48 Mio. Euro** erhöht.

Die Förderung der nichtstaatlichen Museen leistet einen wichtigen Beitrag zur **Stärkung der kulturellen Leistungsfähigkeit der Regionen**. In diesem Zusammenhang sollen besonders bedeutsame **regionale Museumsprojekte mit bayernweiter Ausstrahlung** gefördert werden (z. B. Richard Wagner Museum Bayreuth, Neubau/Neuausstattung NS-Dokumentationszentrum Ober- salzberg, NS-Dokumentations- zentrum München, Missionsmuseum St. Ottilien, Museumsquartier Aschaffenburg, Brauereimuseum Aldersbach, Null-Energie-Depot Wasserburg, Hutmuseum Linden-

berg, Klostermuseum Heidenheim, Arabisches Kulturmuseum Nürnberg, Stadtmuseum Lindau, KZ-Gedenkstätte Mühldorfer Hart/Mettenheim).

3. Die **staatlichen Zweigmuseen und Zweiggalerien** werden in **2013 und 2014 mit 1,6 bzw. 1,4 Mio. Euro** zusätzlich gefördert.

Die staatlichen Museen und Sammlungen betreiben in allen Regionen Bayerns insgesamt **38 Zweigmuseen und Zweiggalerien**, von denen 17 in Objekten der Schlösserverwaltung und 21 in überwiegend historischen Gebäuden von Kommunen untergebracht sind. Mit den zusätzlichen Mitteln soll die **fachliche, konservatorische und restauratorische Betreuung** durch die Stammhäuser und das **Museumspädagogische Zentrum verbessert** werden. Gefördert werden sollen u. a. das Römermuseum Weißenburg, das Archäologische Museum Bad Königshofen, das Schulmuseum Ichenhausen und das Völkerkundemuseum im Residenzschloss Oettingen.

4. Die **Ausgaben für Museumspädagogik** werden in **2013 und 2014 um jeweils 150 Tsd. Euro** aufgestockt.

Die **Bayerische Museumsakademie (BMA)** ist ein Gemeinschaftsprojekt des Museumspädagogischen Zentrums (MPZ), des Instituts für Bayerische Geschichte

der LMU München sowie der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern. Sie arbeitet mit Museen und Schulen zusammen und erschließt die Bestände der bayerischen Museen für Schülerinnen und Schüler. Sie entwickelt hierzu **neue Formen der Vermittlung und qualifiziert sowohl Lehrkräfte wie Museumspädagogen**. Fortbildungen in allen Regierungsbezirken, das Coaching von Beratungseinrichtungen zur Museumspädagogik sowie die Beratung von Museen für innovative und zeitgemäße Ausstellungsformate komplettieren das Aufgabenspektrum der BMA. Die zusätzlichen Mittel sollen für die Geschäftsführung sowie die Durchführung der Aufgaben der BMA bereitgestellt werden.

5. Der Ansatz für die Förderung der **nichtstaatlichen Orchester** wird für **2013 und 2014** um **jeweils 1,5 Mio. Euro** aufgestockt.

Das Philharmonische Orchester Bad Reichenhall, die Hofer Symphoniker, die Münchner Symphoniker, das Münchner Kammerorchester, die Nürnberger Symphoniker, das Kammerorchester Bad Brückenau, das Orchester Jakobsplatz München und das Georgische Kammerorchester erhalten als renommierte bayerische Kulturorchester in nichtstaatlicher Trägerschaft **Zuschüsse zum laufenden Betrieb**. Die zusätzlichen Mittel dienen der **nachhaltigen Existenzsicherung dieser Orchester** (Ausgleich der Tarifsteigerungen) und

damit der **Stärkung der bayerischen Orchesterlandschaft**.

6. Der Ansatz für die **Sing- und Musikschulen** wird in **2013 und 2014** um **jeweils 750 Tsd. Euro** erhöht, die **privaten Musikinstitute und freiberuflichen Musikpädagogen** werden in 2013 mit 500 Tsd. Euro und **2014** mit **500 Tsd. Euro** gefördert.

Die Erhöhung des staatlichen Zuschusses zu den laufenden Lehrpersonalkosten der Sing- und Musikschulen ermöglicht eine **flächendeckende Verbesserung der musikalischen Bildung**. In Bayern werden derzeit an **215 Sing- und Musikschulen** rund **140.000 Schülerinnen und Schüler** unterrichtet. Während die Eltern einen Eigenanteil von 45% und die Kommunen einen Anteil von 44% tragen, liegt die staatliche Förderquote derzeit bei nur 11%. Im 3. Bayerischen Musikplan wurde langfristig eine staatliche Förderquote von 25% festgeschrieben.

Die privaten Musikinstitute sowie die freiberuflichen Musikpädagogen geben hochqualifizierten Unterricht und tragen zu einem flächendeckenden Ausbau des Musikunterrichts in ganz Bayern bei.

7. Der staatliche hälftige Kofinanzierungsanteil am **Entschädigungsfonds** wird in **2013 und 2014** um **jeweils 2 Mio. Euro** aufgestockt.

Dadurch erhalten noch mehr Eigen-

tümer von Denkmälern in allen Regionen des Freistaats einen finanziellen Ausgleich.

8. Der Ansatz für die **Förderung der Laienmusikverbände** wird in **2013 um 700 Tsd. Euro** und in **2014 um 500 Tsd. Euro** erhöht.

Der Freistaat Bayern **fördert derzeit 23 Laienmusikverbände**, die die staatlichen Zuschüsse an die einzelnen Blasmusikvereine, Chöre sowie Zupf- und Zithermusikvereine weiterreichen. Insgesamt sind **mehr als 300.000 aktive Mitglieder** in Vereinen gemeldet. Laienmusizieren schafft Integration, verbindet Generationen, entwickelt Teamgeist und überwindet ethnische Grenzen.

9. Der Ausbau der **Lese- und Schreibförderung im Bereich der Kinder- und Jugendliteratur** als zentrale bildungspolitische Aufgabe wird in **2013 und 2014** jeweils mit zusätzlichen **100 Tsd. Euro** vorangebracht.

10. Zur Absicherung der **digitalen Langzeitarchivierung** werden in **2013 und 2014** jeweils zusätzliche **300 Tsd. Euro** sowie in 2013 100 Tsd. Euro für die bayerischen Staatsarchive bereitgestellt.

11. **Geförderte Einzelprojekte mit bayernweiter Ausstrahlung:**

➤ Die **Bamberger Symphoniker – Bayerische Staatsphilharmonie** erhalten 2013 und 2014 jeweils 500 Tsd. Euro mehr.

➤ Die **Forschungstiftung Bayerische Geschichte** erhält 2013 und 2014 jeweils 50 Tsd. Euro mehr.

➤ Das **Haus der bayerischen Trachtenkultur und Trachtengeschichte** in Geisenhausen-Holzhausen erhält zusätzliche Mittel in Höhe von 400 Tsd. Euro (2013) bzw. 500 Tsd. Euro (2014).

➤ Der neue **Preis des Ministerpräsidenten für kulturelle Projekte** wird 2013 und 2014 mit jeweils 30 Tsd. Euro ausgestattet.

➤ **Dringende Sanierungsmaßnahmen am Karmelitenkloster Reisach** werden in 2013 und 2014 mit jeweils 100 Tsd. Euro bezuschusst.

➤ **Kinder- und Jugendkunstschulen** werden in 2013 und 2014 mit jeweils 50 Tsd. Euro unterstützt.

➤ Das **Haus der Heimat in Nürnberg** als kultureller Mittelpunkt und zentrale Anlaufstelle von Vertriebenen, Aussiedlern und jüdischen Emigranten der Region wird in 2013 und 2014 mit 50 Tsd. Euro bzw. 20 Tsd. Euro unterstützt.

- Der **kulturelle Austausch im Rahmen des Centrums Bavaria Bohemia** wird in 2013 und

2014 mit jeweils 50 Tsd. Euro gefördert.

## Novelle des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) im Landtag verabschiedet

Der Bayerische Landtag hat die **Novelle des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) verabschiedet**, die vor allem **zwei Ziele** verfolgt:

**Kleinere Gruppen für die Kinder** und eine **spürbare Beitragsentlastung für die Eltern**.

Dazu wird der **Mindestanstellungsschlüssel** ein weiteres Mal **abgesenkt**, was die **hohe Qualität** in der Kinderbetreuung **weiter verbessert**.

Gleichzeitig werden Eltern, deren Kinder das letzte Kindergartenjahr besuchen, bei der **Beitragszahlung mit 600 Euro und ab dem Kindergartenjahr 2013/14 sogar mit 1.200 Euro pro Jahr** spürbar entlastet.

**Auf Grund einer Initiative der CSU-Fraktion** kommt diese Entlastung **auch den so genannten „Kann-Kindern“** zugute, die vorzeitig eingeschult werden. Für sie wird die Beitragsentlastung **ab Antragstellung** auf vorzeitige Einschulung gewährt.

Darüber hinaus wird die **Förderung für Landkindergärten erhöht** und die **Verwaltungsarbeit vereinfacht**, indem etwa die **so genannte „Gastkinderregelung“ abgeschafft** und die **Bedarfsplanung erleichtert** wird.

Die **Stellung von Kindern mit Behinderung** wird **gestärkt** und ein **inklusive Bildungsauftrag im Gesetz verankert**. Insbesondere wird die erhöhte Förderung für Kinder mit Behinderung **zukünftig an die Eingliederungshilfeleistung des Bezirks gekoppelt**, um die gesteigerten Anforderungen an die Betreuung bestmöglich erfüllen zu können.

**Auf Betreiben der CSU-Fraktion** ist nunmehr **sichergestellt**, dass diese erhöhte Förderung für einen Zeitraum **von sechs Monaten** auch dann den Einrichtungen zugutekommt, wenn die Bezirke **noch nicht über den Antrag auf Eingliederungshilfe entschieden** haben; das verschafft den Einrichtungen **Planungssicherheit** und **erleichtert den Eltern die Suche nach einem Krippenplatz**.

Insgesamt werden **jährlich etwa 185 Millionen Euro zusätzlich investiert**, um die Kinderbetreuung weiter voran zu bringen.

**Auch die Kommunen** werden bei der Kinderbetreuung **entlastet**, indem die **bisherige Deckelung der Investitionskosten** bei Kindertageseinrichtungen auf zwei Drittel infolge eines **Änderungsantrags der CSU-Fraktion** zukünftig entfallen wird. Das bedeutet

für die bayerischen Kommunen ein **Plus von bis zu 30 Millionen Euro**.

Neben dem **bayerischen Sonderinvestitionsprogramm**, im Rahmen dessen **bereits 600 Mio. Euro zum Ausbau der Kinderbetreuung bereitgestellt** wurden, zeigt der Freistaat damit einmal mehr, dass er **wie kein anderes Land** die bedarfsgerechte Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen nach Kräften unterstützt.

Davon abgesehen stellt **Bayern allein bei den laufenden Kosten der Kinderbetreuung jedes Jahr über eine Milliarde Euro bereit** und liegt damit ebenfalls **bundesweit im Spitzenfeld**. Auch deshalb kann sich die Bilanz der letzten fünf Jahre sehen lassen: Die **Versorgungsquote bei Betreuungsplätzen für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr** konnte von zehn Prozent **auf jetzt 43 Prozent vervierfacht werden**.

### **Zweite Stammstrecke München weiter zügig realisieren**

Die **CSU-Fraktion begrüßt den Verhandlungserfolg der Staatsregierung**, der Grundlage für einen raschen Bau der zweiten Stammstrecke in München ist. Mit der **Sicherung der Finanzierung** kann der **Nahverkehr im Großraum München noch schneller, zuverlässiger und sicherer** werden. Dieses Großprojekt ist nicht nur für die Landeshauptstadt, sondern **für den ganzen südbayerischen Raum von zentraler Bedeutung**.

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir die Staatsregierung daher aufgefordert, **gegenüber der Deutschen Bahn**

**AG** als Trägerin des Vorhabens **darauf hinzuwirken**, dass die notwendigen **weiteren Schritte für die Realisierung** der zweiten Stammstrecke **zügig eingeleitet und durchgeführt** werden. Dabei soll die Staatsregierung neben der Fortführung der laufenden Verfahren zur Baurechtserlangung insbesondere auch Wert darauf legen, dass die **Maßnahmen für die Ausschreibung** der Bauleistungen durch die Deutsche Bahn AG **ohne vermeidbare Verzögerungen** ergriffen werden, um **möglichst zeitnah mit dem Bau beginnen** zu können.

### **Kommunale Wasserversorgung sichern**

Die **bisherige Struktur der kommunalen Wasserversorgung** hat sich über viele Jahrzehnte **bewährt und garantiert die zuverlässige Belieferung** der bayerischen Bürgerinnen und

**Bürger mit hochwertigem Trinkwasser zu bezahlbaren Preisen**.

Einer **Liberalisierung** des Wassersektors, die die Wasserversorgung allein den Regeln des Marktes unterwirft und

dem kommunalen Aufgabenbereich der Daseinsvorsorge entzieht, ist **im Interesse des Allgemeinwohls und des Ressourcenschutzes entschieden entgegenzutreten**. Eine Öffnung des Marktes für profitorientierte Investoren ist auch mit den hohen Anforderungen an das sehr sensible und lokal stark differenzierte System aus Grundwasserregime und Trinkwassererschließung nicht vereinbar.

Die Wasserversorgung ist **durch Ortsnähe gekennzeichnet** und eine **klassische kommunale Aufgabe**. Bei einer bloßen Ausrichtung der Wasserversorgung am wirtschaftlichen Erfolg besteht die **Gefahr**, dass der **Ressourcenschutz**, die **Beachtung von Nachhaltigkeitsaspekten** sowie die **Instandhaltung und Erneuerung der Versorgungsanlagen** in den Hinter-

**grund treten**. Zudem kann Trinkwasser wegen seiner örtlich unterschiedlichen chemischen Zusammensetzung auch **nicht beliebig gemischt** werden. Damit ist es für Durchleitungsrechte – anders als Gase oder Strom – nicht beliebig geeignet.

Vor diesem Hintergrund hat die CSU-Fraktion **in einem Dringlichkeitsantrag deutlich gemacht**, dass sie die **Pläne der Europäischen Kommission**, die Trinkwasserversorgung in Europa für den Wettbewerb mit Privaten zu öffnen, **mit Sorge beobachtet**.

Wir haben die Staatsregierung daher aufgefordert, sich auf europäischer Ebene **weiterhin intensiv gegen eine Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Trinkwasserversorgung einzusetzen**.

### **Steuerabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz zügig abschließen!**

Die **von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geführten Länder** haben das Steuerabkommen mit der Schweiz **im Bundesrat abgelehnt**. Dadurch **gehen dem Bundeshaushalt Milliarden verloren**.

Durch **intensive Verhandlungen** war es der **christlich-liberalen Bundesregierung** gelungen, mit der Schweiz ein Ergebnis für Deutschland zu erzielen, das gegenüber dem Status quo ein **deutliches Mehr an Steuergerechtigkeit** schafft. Die derzeitige auf Zufallsfunden und CD-Käufen basierende Besteuerung ist demgegenüber rechts-

staatlich problematisch und auf Dauer nicht tragfähig.

Allein der **Freistaat Bayern** würde aus dem Steuerabkommen im Jahr **2013** einen garantierten Anteil **von rund 200 Mio. Euro erhalten**, weitere **rund 30 Mio. Euro** würden den **bayerischen Kommunen zufließen**.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung daher in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, sich auf Bundesebene **weiterhin dafür einzusetzen**, dass das **Steuerabkommen** zwischen der

Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz **endlich in Kraft treten kann.**

### **Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus**

Das **Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR)** wurde am 16.12.2011 als **erste Konsequenz** aus der rechtsextremistischen Mordserie der Terrorzelle des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) ins Leben gerufen.

Unter dem institutionellen Dach des GAR soll die **Zusammenarbeit der Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder** bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus **gestärkt** und deren **Kooperation und Koordination verbessert** werden.

In einem **weiteren Dringlichkeitsantrag** hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung deshalb aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit über das neu geschaffene Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus zu berichten. Dabei soll insbesondere auf die **bisherigen Erfahrungen, die Arbeitsweise und die konkrete Zusammenarbeit der Bundes- und Landesbehörden** im GAR eingegangen werden.

### **Historisch-kritische Edition von Hitlers „Mein Kampf“ vorantreiben!**

**Am 31.12.2015 endet das Urheberrecht** des Freistaates Bayern an Adolf Hitlers „Mein Kampf“.

Das **Institut für Zeitgeschichte (IfZ)** hat mit der **Erarbeitung einer kommentierten und kritischen Ausgabe** von „Mein Kampf“ begonnen. Diese Arbeit wird jedoch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. In Ergänzung zu dem am 09.11.2011 vom Landtag beschlossenen „Konzept zum Umgang mit NS-Druckerzeugnissen“, vor dem Hintergrund nach wie vor bestehender neonazistischer Zellen in Deutschland sowie um der Rechtsunsicherheit ab 2016 bereits jetzt zu begegnen und un-

seriösen Veröffentlichungen im Medienzeitalter historisch und wissenschaftlich verantwortungsvoll entgegenzutreten, ist es **zwingend erforderlich**, die **Ausgabe durch das IfZ jetzt voranzutreiben.**

Auf **Initiative der CSU-Fraktion** haben alle im Landtag vertretenen Fraktionen die Staatsregierung daher **in einem Antrag aufgefordert**, eine **Expertenkommission einzusetzen**, die eine Veröffentlichung von „Mein Kampf“ **ergebnisoffen auf urheber-, straf- und völkerrechtliche Relevanz** hin prüft. Neben deutschen Wissenschaftlerin-

nen und Wissenschaftlern sollen **auch israelische Experten eingebunden** werden. Über die Zusammensetzung der Kommission und deren Tätigkeit soll dem Landtag berichtet werden.

Für den Fall, dass diese Prüfung keine Rechtssicherheit schafft, soll **unseriösen Publikationen rechtzeitig vorgebeugt werden**.

Die Staatsregierung soll deshalb die geplante **kommentierte historisch-kritische Edition** von Adolf Hitlers „Mein Kampf“ durch das IfZ in München **unterstützen und vorantreiben**.

Eine **Veröffentlichung** vor Ablauf des Urheberrechts des Freistaats an den

Druckerzeugnissen aus dem Franz-Eher-Verlag am 31.12.2015 ist mit einem **zeitlichen Vorlauf** zu gestalten, der es staatlichen Einrichtungen (Bibliotheken, Hochschulen, Schulen etc.) ermöglicht, diese Ausgabe als Standardwerk zu etablieren.

Parallel soll **auch eine englischsprachige Edition** und eine **kommentierte Ausgabe** mit exemplarischen Texten und leicht verständlichen Kommentierungen **zum Gebrauch in der politischen Bildung** erarbeitet werden. Alle kommentierten Ausgaben sollen sofort nach Fertigstellung **in geeigneter digitaler Form veröffentlicht werden**.

## Einheitliche Regelung für Mineralwasser in der EU

Natürliches Mineralwasser als reines Naturprodukt ist **eines der wichtigsten Grundnahrungsmittel**. Aus diesem Grund bedarf es eines besonderen Schutzes und **einer sorgfältigen Qualitätskontrolle**.

Auf **Bundesebene** wird derzeit diskutiert, **Grenzwerte für gesundheitlich völlig unbedenkliche Stoffe**, so genannte „nicht relevante Metaboliten“, im Mineralwasser einzuführen.

Ein **nationaler Alleingang** Deutschlands würde jedoch **bayerische Betriebe benachteiligen**, weil der Mineralwassermarkt ein **europäischer Markt** ist.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung deshalb **in einem Antrag** aufgefordert, nachdrücklich auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass **auf europäischer Ebene eine einheitliche Regelung** für nicht relevante Metaboliten in natürlichem Mineralwasser getroffen wird.